

„Gambotei Samstag 11.02.12“

Beamte wollen keine „Melkkuh“ sein

Kreis Böblingen: Gewerkschaften schlagen Vermögensteuer vor

Gewerkschaftsmitglieder aus der Polizei und dem Schuldienst statteten den Landtagsabgeordneten der Regierungsparteien aus den Wahlkreisen Böblingen und Leonberg/Herrenberg, Florian Wahl (SPD), und Dr. Peter Murschel (Grüne), einen Besuch ab, um ihnen die konkreten Auswirkungen der geplanten Einsparungsmaßnahmen deutlich zu machen.

Der DGB ist strikt gegen Einkommenskürzungen bei den Beamten im Land. Die grün-rote Landesregierung bittet die Beamten trotz sprudelnder Steuereinnahmen mit 130 Millionen Euro zum Aderlass, heißt es in einer Pressemitteilung des DGB. Deshalb dürfe der Landeshaushalt nicht auf Kosten der Beamten konsolidiert werden, die bereits in den vergangenen Jahren hohe Einkommensverluste hätten hinnehmen müssen. Grün-Rot müsse sich bei der Haushaltskonsolidierung von den Reflexen der alten Landesregierung lösen. Statt immer nur an die Personalkosten zu gehen und Haushaltssanierung über die Ausgabeseite zu betreiben, stehe eine seriöse Aufgabenkritik und die Stärkung der Einnahmeseite im Vordergrund.

„Das ist kein guter Stil“

Gerhard Winter von der Gewerkschaft Erziehung Wissenschaft, GEW, stellte fest: „Die Aussage vor der Landtagswahl, die Finger von der Beihilfe zu lassen, wurde nicht eingehalten. Das ist kein guter Stil.“ Bernhard Löffler, DGB-Regionsvorsitzender, sagte: „Gemessen an den Lohnforderungen von IG Metall und Verdi von 6,5 Prozent sind 1,2 Prozent Gehaltserhöhung,

die den Beamten zugestanden wurden, schon nicht der Rede wert. Und nun erfolgt auch noch eine Verschiebung, je nach Gehaltsstufe, um zwei oder sieben Monate. Das ist nicht mehr nachvollziehbar.“

Der DGB-Kreisverband Böblingen stellte auf seiner Sitzung gemeinsam fest, dass die Beamten nicht die Melkkühe der Gesellschaft sein dürfen, nur weil sie die geringsten Möglichkeiten besitzen, sich gegen Lohnabbau zu wehren. Der DGB-Kreisvorsitzende Helmut Roth sagte dazu: „Sparmaßnahmen auf Kosten der Beschäftigten sind ein verheerendes Signal und dazu völlig ineffektiv, wie man am Beispiel Griechenland sieht. Wenn die Menschen

weniger Geld in der Tasche haben, können sie auch weniger ausgeben.“

Der DGB fordert ein längerfristiges Gesamtkonzept zur Haushaltspolitik mit intelligenten Einsparmöglichkeiten, bei dem auch die Einnahmeseite berücksichtigt werden müsse. Hier gebe es eine Reihe von Gestaltungsmöglichkeiten wie die Wiedereinführung der Vermögensteuer, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die bessere Ausstattung der Steuerverwaltung und einen effektiveren Steuervollzug – ohne die Amnestie für Steuerflüchtlinge wie im Abkommen mit der Schweiz, die Finanztransaktionssteuer, eine effektive Bankenabgabe, eine höhere Erbschaftsteuer. -gb-



Florian Wahl erhält eine „Melkkuh“ von Wolfgang Kircher (Gewerkschaft der Polizei GdP), Bernhard Löffler (DGB-Regionsvorsitzender) und Gerhard Winter (Gewerkschaft Erziehung Wissenschaft, von links) GB-Foto: gb